



Julia Wigger | Leibniz-Institut für Raumbezogene Sozialentwicklung

„Wo Häuser verkommen, verkommen auch Menschen“

Denkwelten, Aktionen und Erfolge der Bürgerinitiativen gegen den Altstadtverfall

„Wo Häuser verkommen, verkommen auch Menschen“ unter diesem Motto gründete sich im November 1989 eine Bürgerinitiative zur Rettung der Cranachhöfe in Lutherstadt Wittenberg. Mit der Auswahl dieses Mottos machten die Gruppengründer/-innen die Bedeutung der gebauten Substanz als Lebensraum und kulturellen Bezugspunkt deutlich, die weit über den materiellen Wert hinausgeht.

Dabei ist die Bürgerinitiative in Lutherstadt Wittenberg eine von vielen Gruppen, die sich für den Erhalt der Altstadt in der DDR engagierten. Bis zum jetzigen Zeitpunkt konnten in 36 ostdeutschen Städten Bürgerinitiativen recherchiert werden, die zwischen 1980 und 1992 entstanden.

Unter dem Begriff Bürgerinitiative werden in dem Forschungsprojekt Stadterneuerung am Wendepunkt – die Bedeutung der Bürgerinitiativen gegen den Altstadtzerfall für die Wende in der DDR ganz unterschiedliche Gruppen zusammengefasst: Es geht um Zusammenschlüsse, die sich eigeninitiativ gründeten und Interessen verfolgten, die über die zentralistische Baupolitik der SED hinausgingen oder sich dezidiert gegen die staatliche Baupolitik stellten und mehr Mitspracherecht einforderten. Nicht dazu zählen staatlich geplante, initiierte und damit kontrollierte Bürgerinitiativen, wie beispielsweise die „Schöner unsere Städte und Gemeinden – Mach mit!“-Initiativen, die von der Nationalen Front organisiert wurden.

Bereits in den 1980er Jahren fanden sich erste Gruppen zusammen. Sie konnten jedoch in der Regel nicht als unabhängige, eigenständige Bürgerinitiative auftreten und verwendeten diesen Begriff noch nicht als Selbstbezeichnung. Sie waren meist im Kulturbund, im Wohnbezirksausschuss oder seltener unter dem Dach der Kirche organisiert, um einer Kriminalisierung durch den Staat zu entgehen.

Ihren Zenit erreichten die Gruppen im Zuge der Friedlichen Revolution zwischen Herbst 1989 und Frühjahr 1990. Es kam zu zahlreichen Neugründungen und schon existierende Gruppen lösten sich aus den staatlichen Institutionen heraus.

Ein bisher wenig beachtetes Beispiel, dass die Heterogenität der Gruppen anschaulich verdeutlicht, ist Brandenburg an der Havel.

In der Stadt, deren historisches Zentrum durch eine Dreiteilung (Altstadt, Neustadt, Dom) geprägt ist, führten industrieller Wohnungsneubau im Norden und Nord-Westen, finanzielle Einschränkungen und der Wunsch nach einer Erneuerung des Stadtzentrums dazu, dass notwendige Maßnahmen zur Instandsetzung der historischen Bausubstanz unterblieben. Verfall und Leerstand prägten das Stadtbild, es kam bis in die 1980er Jahre hinein auch immer wieder zu Abrissen.

Vor diesem Hintergrund entstanden Mitte der 1980er Jahre zwei Gruppen, die Interessengemeinschaft Denkmalpflege und der Arbeitskreis Stadtgeschichte, die sich beim Kulturbund eingliederten. Die Akteur/-innen hatten sehr unterschiedliche Hintergründe: Einige von ihnen waren in der SED organisiert, andere nicht. Ein paar waren kirchlich gebunden. Manche waren beruflich mit dem Bauwesen beschäftigt, andere privat daran interessiert.

Die beiden Gruppen arbeiteten eng zusammen: Sie machten Bauzustandsuntersuchungen im Rahmen von Stadtrundgängen, bargen historische Baumaterialien und überlegten sich Schwerpunktthemen. Es kam auch zu einer Zusammenarbeit mit dem Institut für Denkmalpflege. Immer wieder schrieben sie Eingaben, übten Kritik, boten staatlichen Stellen ihre fachliche und tatkräftige Unterstützung an und suchten nach Möglichkeiten, ihre Handlungsspielräume zu erweitern.

Die örtliche SED befürwortete prinzipiell den Einsatz der beiden Gruppen, aber sie beäugte sie auch kritisch und bremste sie immer wieder aus. Mitglieder der Gruppen wurden von der SED-Kreisleitung vorgeladen und ausgefragt, Eingaben nicht beantwortet und Absprachen blieben vage.

Auch außerhalb der Kulturbund-Gruppen wurde der Verfall der alten Stadt diskutiert. Es gab eine Gruppe von Kunsterziehern, die sich bereits seit den 1970er Jahren einmal in der Woche traf. Ihr wichtigster Bezugspunkt war die Kunst, doch auch der Verfall der Stadt spielte eine Rolle und wurde für sie zum Reizthema.

So wirkten in Brandenburg an der Havel bereits Mitte der 1980er Jahre ganz verschiedene Gruppen auf unterschiedliche Art und Weise daran mit, die alte Bausubstanz zu erhalten. Ihr Einfluss auf die Stadterneuerungs- und Denkmalpflegepolitik blieb jedoch gering.

1989 kam auch in Brandenburg Aufbruchsstimmung auf. Die Bürgerbewegungen vermischten sich mit den Akteur/-innen der Stadterhaltung, manche Akteur/-innen waren in mehreren Gruppen gleichzeitig aktiv.

Am 29. November 1989 wurde der Altstadtverfall zum öffentlichen Politikum in Brandenburg: Im Dom Sankt Peter und Paul fand das „Gebet für unser Land“ statt. Im Anschluss folgte eine Demonstration für die Rettung der Altstadt. Etwa 50 Menschen zogen durch die Straßen, stellten Kerzen auf. Mit vorher angefertigten Schablonen oder frei Hand wurde der Spruch „Mehr ist uns nicht eingefallen – Rat der Stadt“ an verfallene Häuser gemalt.

Für die Organisation dieser Veranstaltung arbeiteten Kunsterzieher mit Mitgliedern des Kulturbundes, des Neuen Forums und der Kirche zusammen. Schon vorher hatte es persönliche Kontakte gegeben, jetzt wurde das Netzwerk in einer gemeinsamen Aktion sichtbar.